
Innsbruck, 04. Jänner 2013

Presseinformation Maßnahmenpaket IG-Luft 2013 – „Saubere Luft statt Dieselg‘stank“ (2)

3750 Tage im größten Luftsanierungsgebiet des Binnenmarktes sind genug – „LH Platter's ‚Dieselg‘stank‘ Neujahrsgeschenk wird strikt zurückgewiesen“

Stures Nichtstun seit 21.12.2011 (EuGH C-28/09) führt zu dauerhaften Verletzungen im alpinen Rechtsraum – Schutzpatron für die internationalen Müll- und Schrotttransittransporteure und für die Verlagerung von der Schiene zurück auf die Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,

unerbittlich läuft der Tageszähler auf unseren Websites und dokumentiert die noch nie dagewesene „**Anti-Gesundheits- und Anti-Arbeitsplatzhaltung**“ der Tiroler Landesregierung, die von LH Platter in Geiselhaft seines „**Nichtstuns und seiner sachlich desaströsen Haltung**“ genommen wird. Denn er irrt, wenn er meint, die EU wäre für die Neueinführung eines sektoralen Lkw-Fahrverbotes zuständig – diese **Verordnung liegt in der Ermächtigung und der Verantwortung des Landes Tirol**. Kein Ruhmesblatt für einen Landeshauptmann, wenn ihm nicht einmal die einfachste Kompetenzverteilung in dieser Sache bekannt ist.

Es ist zum Schämen, nunmehr

„den vehementesten Bremser für die Reduktion der Belastung der Tiroler Bevölkerung sowie des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes durch wettbewerbswidrige Auflagen im größten zusammenhängenden Luftsanierungsgebietes des Binnenmarktes, den vehementesten Verteidiger und Schutzpatron der internationalen Müll- und Schrotttransittransporteure und damit den vehementesten Gegner der Verlagerung von Güterverkehr auf die Eisenbahn“

nicht mehr in München, Bozen, Trient, Wien, Rom, Berlin oder Brüssel zu finden, sondern im **eigenen Landhaus am Eduard Wallnöfer Platz 3**, mitten in der **Landeshauptstadt Innsbruck**, dem Sitz des **Generalsekretariats der Alpenkonvention**.

Wenn nun im Jahr 2012 erstmals knapp **2 Millionen Transitlasten** über den Brenner gerollt sind (im Basisjahr des Transitvertrages waren es **1991 noch rund 850.000 Transitlasten**), so unter anderem deshalb, weil sich die Tiroler Landesregierung weigert, mit einem neuen Maßnahmenpaket IG-Luft endlich im eigenen Land das „**Grundrecht auf Gesundheit**“ vor die „**Freie Fahrt für Müll- und Schrottlaster**“ zu stellen.

Trotz dieser unverständlichen und damit „**tirolfeindlichen Haltung**“ appellieren wir auch heute wiederum, Mitte Jänner in den Ausschussberatungen die **letzte Chance** in dieser Legislaturperiode wahrzunehmen und ein **neues, europarechtlich abgesichertes Maßnahmenpaket IG-Luft 2013 vorzulegen** – die Grundlagen liegen auf dem Tisch. Es ist nur mehr die politische Abwägung vorzunehmen:

Will das Land Tirol die Gesundheit und Arbeitsplätze schützen oder will das Land Tirol die Rolle eines Schutzpatrons für die internationalen Müll- und Transitlasten übernehmen? Diese Entscheidung ist zu treffen.

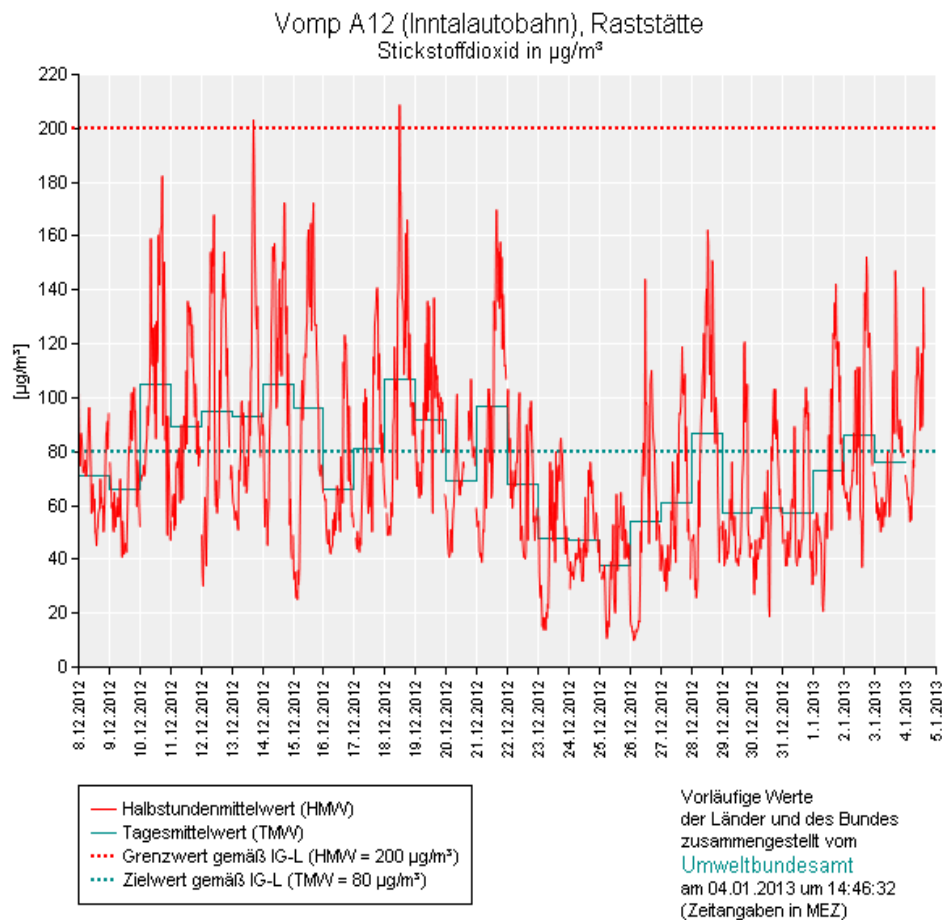
Mit freundlichen Grüßen zeichnen

Fritz Gurgiser, Thomas Schnitzer & Team

Rückfragen: 0043-664-1307070

Anlage aktuelle Luftgütemessungen der letzten vier Wochen

Passend zu unserem Schreiben die Werte der letzten vier Wochen an den Luftgütemessstellen des Landes Tirol in Vomp und Kundl an der A 12 Inntalautobahn (08.12.2012 bis 04.01.2013):



©Grafik: Umweltbundesamt

An beiden Messstellen zeigt sich die aktuelle Belastung mehr als deutlich; die zusätzlichen **200.000 – 250.000 Lkw-Transitfahrten**, die „**durch stures Nichtstun**“ wieder „**von der Schiene zurück auf die Straße verlagert wurden**“, tragen ihren Teil dazu bei.

Das **politische Versprechen**, bis zum **Juni 2012** den **Tiroler Landtagsklubs** ein neues Maßnahmenpaket IG-Luft vorzulegen, wurde vor allem durch die **persönliche Fehleinschätzung** und **Wahlaktiererei** des **Landeshauptmannes gebrochen** und blockiert. Dass dazu sämtliche Regierungsmitglieder für dieses Fehlverhalten ebenso wie eine Mehrheit des Tiroler Landtages auch noch in Geiselhaft genommen werden, weist auf **dauerhafte Verletzungen im alpinen Rechtsraum Platz** hin, die nicht akzeptiert werden können.

Die IST-Situation ist daher klar und unmissverständlich zu formulieren:

„**Sie ist Tyrannei/Gewalt gegen Mensch und Tier, gegen Boden und Pflanze, gegen Luft und Wasser**“ und leistet weit überhöhten Schadstoff-, Lärm-, Liegenschafts-, Arbeitsplatz- und Standortbelastungen „nachhaltig und dauerhaft“ Vorschub – ein unhaltbarer Zustand in einem Land mit nur 11,9 % besiedel- und bewirtschaftbarer Landesfläche, wovon bereits rund die Hälfte immerwährend versiegelt und verbraucht sind. Sie ist weiter durch die „**sture Missachtung nationaler und internationaler Rechts- und Gesetzesverpflichtungen**“ als „**dauerhafte Verletzung im alpinen Rechtsraum**“ zu bewerten; eine unhaltbare Situation.